

Runkosische Post

1921年12月3日
第32号

Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorsitzenden des S. V. S. des Verb. d. franz. Deutschen, E. Tröster, Tiflis, 2. Etage, Subaloff-Strasse (frühere Malo-Subebnaja) Nr. 11, I. Etage.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonnabend
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich am Sonnabend).

Geschäftsjunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr abends.

Nr. 32.

Tiflis, Sonnabend, den 3. Dezember 1921.

13. Jahrgang.

Ausbruch des „deutschen Transports“ aus Noworossijsk!

Am 1. d. Mts. sind der Deutschen Gesandtschaft für Georgien nachfolgende 3 Telegramme aus Noworossijsk zugehellt worden:

1.) Dienstag, d. 15. 11., find wir in Noworossijsk angelangt; warten auf Ausreise-Erlaubnis; im Falle weiteren Schweigens reise ich am 23. 11. nach Moskau; „Garab“ wird erwartet; es weht ein kalter Nord-Wind.
Kaufewitsch.

2.) Formalitäten erledigt; am 27. 11. fahren alle mit dem „Garab“ nach Deutschland. 25. November. Grub.
Kaufewitsch.

3.) Der Balumer Transport ist im ganzen Betrande am 27. 11. mit dem „Garab“ abgefertigt worden. 28. November Nr. 1785.

Vorsitzender des Bureau:
(gez.) Gewand.

Ein Seufzer der Erleichterung löst sich los von der Brust all' derer, die ihre teuren Angehörigen unterwegs nach Deutschland wissen. Möge der „Garab“ glückliche Fahrt haben! „Ende gut, alles gut!“ sagt ein deutsches Sprichwort. Hoffen wir, daß auch im gegebenen Falle das Ende gut sein werde; da ist all' das ausgestandene Leid, die wochenlange Sorge um das Wie des Fort- und Weiterkommens mit einem Male vergessen, gleich einem bösen Traum, der nachts uns schreckte.

Und das alle aufgebrochen sind, niemand hat zurückbleiben müssen, frönt das Werk, das schwierige Werk des „deutschen Transports“, mit all' seinen schier unagfähigen Mühseligkeiten, die nur der Festz; würdigen weis, der sie selbst erduldet hat oder dem Gelegenheit geboten war, ab und an Zeuge der unausgesetzten Hebe u. sein, die welche sich die Vorbereitungen zum Abtransport der so großen reizigen Schar im ganzen darstellten.

Die größten Schwierigkeiten hat natürlich die Überführung der georgischen Bürger nicht-deutschen Stammes verursacht, die genau genommen nicht beanspruchen dürfen, dem Transport deutscher Krieger- und Zivilgefangener und deutscher Staatsangehöriger sowie der deutschen Jugend von Georgien angegliedert zu werden.

Wenn letzteres trotz des lebhaften Widerspruchs seitens der für den „Transport“ verantwortlichen Amtsstellen ermöglicht worden ist, so gebührt hierfür aufrichtiger Dank an erster Stelle dem Deutschen Gesandten im Kaukasus, Herrn Ulrich Kaufsch, der wahrlich keine Mühe gescheut hat, um das Unmögliche möglich zu machen, und der alle Hindernisse mit dem ihm eigenen Schöpfensdrang und der sein ganzes Wesen bestimmenden Liebe zum Nächsten, gleichviel wer es sei, so erfolgreich zu überwinden gewußt hat. Die jungen Georgier, die heute mit ihren deutschen Begleitern die lange Reise zu den Stätten deutschen Geisteslebens machen dürfen, um vereint als gereifte Männer u. im Besitze reicher Kulturgüter, die sie im fernem Deutschland erworben haben werden, am heimischen Herde ein segensreiches Wirken zu Nutz und Frommen ihrer Mitbürger zu entfalten, werden auch gewiß nie vergessen, was der Deutsche Gesandte in Tiflis Gutes an ihnen und für sie getan, und der Name Ulrich Kaufsch wird in ihrer Erinnerung ebenso beglückend fortklingen, wie er es gegenwärtig für sie ist. Ihr innigster Dank, dessen sie es noch vor ihrer Abreise zu wiederholten Malen verkehrt haben, mit der Bitte, ihn dem Herrn Gesandten übermitteln zu wollen, ist das Unterpfand solch' treuen Gedankens bis ans Lebensend.

Aber Dank gebührt nicht allein dem Deutschen Gesandten, sondern — und auch das gilt besonders den georgischen Studenten — zugleich all' den Männern in der georgischen Regierung, die die Bemühungen des Deutschen Gesandten nach Kräften unterstützt haben, ferner den russischen Behörden, die von der Beobachtung gewisser Bedingungen und Formalitäten Abstand genommen und dadurch ihrer Sympathie für die vom Deutschen Gesandten eingeleitete und so befruchtend durchgeführte Kulturaufgabe untrüglichen Ausdruck verliehen haben, und schließlich all' denen, die von seiten des Deutschen Nationalrats und der hiesigen deutschen Gruppe redlich das Ihrige zum Gelingen des Werks beigetragen haben.

Diesen Dank im Namen aller am „Transport“ teilnehmenden Studierenden und angehenden Studierenden, beiderlei Geschlechts sowie der übrigen Reisenden an dieser Stelle auszusprechen, halten wir für unsere moralische Pflicht, und wir erfüllen sie um so lieber, als uns selbst obiger Dank aus der Seele gesprochen ist, als ein Zeichen wahrer Anerkennung unzulänglicher Verdienste um eine heilige Sache — die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen, die seit langem schon zwischen Georgien und Deutschland bestehen und in der Geistesverwandtschaft beider Völker wurzeln.

Dank, vielen Dank!

Einbürgerungsanträge

Der im Kaukasus lebenden Kolonisten württembergischen Stammes sollen in Zukunft, wie aus einem dem Deutschen Gesandten hieselbst abgeschrieben übermittelten Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Württembergische Staatsministerium zu ersehen ist, auch dann entgegengenommen werden, wenn ihnen die zum Nachweis der Abstammung des Gesuchstellers erforderlichen deutschen Urkunden nicht sogleich beiliegen, diese Urkunden vielmehr erst nachträglich durch die zur Einbürgerung zuständigen württembergischen Kreisregierungen zu beschaffen sein werden. Dem genannten Staatsministerium ist vom Ausw. Amt anheingestellt worden, die württembergischen Kreisregierungen mit geeigneter Weisung zu versehen. Die Einbürgerungsanträge werden, sobald sie durch Vermittlung des Deutschen Gesandten in Tiflis im Auswärtigen Amt eingehen und letzteres zu ihnen gemäß § 13 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 Stellung genommen hat, unmittelbar an die zuständigen württembergischen Kreisregierungen weitergeleitet.

Das Württembergische Staatsministerium hat das Nötige bei den Kreisregierungen mittels Rundschreibens vom 2. September d. J. bereits veranlaßt.

Darzugelagt sei zu obiger Mitteilung, daß die in Rede stehende Vereinbarung bezug. Beschleunigung des Einbürgerungsverfahrens der Anregung des Deutschen Gesandten Ulrich Kaufsch zu verdanken ist, welcher sich hierfür in einem besonderen Schreiben (v. 18. 5. 21) bei dem Staatspräsidenten des Freistaats Württemberg verhandelt hatte.

Alle, die es angeht, werden dem Herrn Gesandten für den erneuten Beweis seines Wohlwollens gewiß von ganzem Herzen dankbar sein. Und wer von den hiesigen Kolonisten wollte behaupten, daß er nie in die Lage kommen würde, aus besagter Maßnahme Nutzen zu ziehen?

Polnische Nachrichten.

Deutschland. — Die englische Regierung beabsichtigt, für die nächste Wiedergutmachungszahlung (15. 1.)

ein Moratorium (Stundung) vorzuschlagen. In Londoner Finanzkreisen ist man aber mehr für eine internationale Wiedergutmachungsanleihe, die mit 4 v. H. verzinst und bei 1% Amortisation in 12 Jahren, unter Verpfändung des gesamten deutschen Eigentums, beglichen würde. Ueberrigens dürfte erst das Ergebnis der augenblicklich in London vor sich gehenden Verhandlungen deutscher Sachverständiger (Koskenau u. a.) mit ausschlaggebenden Bankinstituten und Amtsstellen Englands über das deutsche Finanzproblem, im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Notlage Europas, abzuwarten sein. Vorläufig verhält sich die deutsche öffentliche Meinung zu allen bisher englischerseits geäußerten Bestrebungen zu Nutz und Frommen Deutschlands, d. h. eigentlich zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa und Amerika, mit dankbarer Anerkennung, aber zugleich mit einer gewissen Skepsis, in der Befürchtung, es könnten die neuen Wiedergutmachungsbedingungen die deutsche Wirtschaft erst recht lahmlegen. Ein „Fortschritt“ wird trotzdem konstatiert: Die Inhaberkreis der Verfallener Friedens ist nun auch in Entente-Kreisen (selbst die franz. Presse hat diesbezüglich, zum Teil wenigstens, ihren früheren unversöhnlichen Ton geändert) eine anerkannte Wahrheit geworden. — Lloyd George soll der Botschafter-Konferenz vorgeschlagen haben, die Besatzungstruppen aus dem deutschen Gebiet (Ableinland?) zurückzuführen und die Zahl der internationalisierten Kontrollkommissionen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. — Amerika beabsichtigt, Vertreter Deutschlands und Rußlands zur Abrüstungskonferenz in Washington hinzuzuziehen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, die übertriebenen Schwierigkeiten Briants betreffs der deutschen und bolschewistischen Gefahr in das rechte Licht zu rücken.

Rußland. — Die Snowet-Regierung protestiert gegen Kapitalprojektionen, die die polnische Regierung der „Standard Oil Compagnie“ zuzwider dem russ.-polnischen Vertrag eingeräumt hat. — Lloyd George verhandelt mit Straßin über das Problem der russ. Schulden. Ein Moratorium von 7 Jahren scheint in Aussicht genommen zu sein.

Die Weltwirtschaft Ende Oktober d. J.

Der in Nr. 1 des „Wirtschaftsberichts“ des „Hamburger & Co.'s Bankiersvereins“ in Amsterdam (Holland) von Ende Oktober unter der Aufschrift „Allgemeine Uebersicht“ veröffentlichten Betrachtung über die wirtschaftliche Lage der hauptsächlichsten Länder der Alten und der Neuen Welt entnehmen wir folgende interessante Stellen:

Die allgemeine Entwertung der binneneuropäischen Valuta hat während des Oktobers bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Hierdurch sind die damit so eng zusammenhängenden politischen und ökonomischen Fragen in erheblichem Maße wichtig geworden. Insbesondere der sich sehr fühlbar machende weitere Rückgang der Valuta (Goldwährung) der Zentralmächte war für viele eine große Enttäuschung. Denn nachdem der erste Zahlungstermin der Reparationsschuld durch die deutsche Regierung eingehalten worden war, durfte man sich der Erwartung hingeben, daß auch für die späteren Zahlungstermine die nötigen Vorkehrungen von ihr getroffen seien und an das Ausland keine weiteren Ansprüche auf Kreditbewilligung gestellt werden würden. Jetzt steht aber endgültig fest, daß sich bei Leistung der nachfolgenden Zahlungen noch große Schwierigkeiten ergeben werden. Die deutsche Regierung, die bis jetzt meistens im neutralen Ausland durch ihre Vertreter und Agenten die Beschaf-

fung stabiler (beständiger, handfester) Währungen durch Abgabe von Marknoten vornahm, hat jetzt einen anderen Weg eingeschlagen. In der Absicht, sich die nötigen ausländischen Zahlungsmittel (Dollar etc.) zu beschaffen, unterhandelt sie mit Vertretern der deutschen Industrie, wobei diese sich bereit erklärt, einen Teil ihrer Exportvaluten dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Doch hat das keine nicht unbedenklichen Schattenseiten. Wenn nämlich die Unternehmer (Groß-Exporteure und Exportindustrielle), die hierfür in Betracht kommen, der Regierung ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stellen sollen, so kann es nur auf die Weise geschehen, daß Lieferungsverträge mit dem Auslande in ausländischen Valuten abgeschlossen werden, als welche vor allem Pfunde, Dollar und Gulden in Betracht kommen. Doch würde dies kaum einen dauernden Einfluß auf die Marktbewertung haben, da das Markangebot hierdurch nicht in bedeutendem Maße vermindert werden würde. Es muß eben noch in Betracht gezogen werden, daß gewaltige Beträge des Auslands in Mark und ausländischen Wertpapieren in Deutschland selbst zu Anlage, oder anderen Zwecken investiert (untergebracht) sind und daß die auf alle diese Beträge in Papiermark zahlbaren Zinsen meist auch auf den Markt kommen und das bereits bestehende Angebot noch weiter vergrößern werden. Unter diesen Umständen ist es für die deutsche Regierung eine ziemlich unlösbare Aufgabe, einen Haushaltsplan aufzustellen, zumal in diesem für die Anschaffung von gewaltigen Beträgen ausländischer Valuta Sorge getragen werden muß. Der Reichskanzler Dr. Wirth gerechnet in dem von ihm dem Reichstag vorgelegte Budget die Verpflichtungen in ausländischer Valuta nach einem Kurse von 56 Mark per Dollar, ungefähr das 13fache der Friedensparität. Inzwischen erreichte der Dollar in Deutschland eine Höhe von ca. 180 Mark, also das mehr als 40fache der Friedensparität. Hieraus folgt, daß der Haushalts-Rollenananschlag unmöglich geodet werden kann. Wenn die deutsche Regierung kein Mittel zur Stabilisierung der Wechselkurse findet, dürfte sich der Versuch, einen festen Finanzplan aufzustellen, infolge des Fehlens jeder realen Grundlage als unaussführbar erweisen.

Das Sinken des Marktkurses hat nun eine Flucht vor der Papiermark gesetzt, die sich am deutlichsten in den Spekulationen an den deutschen Börsen mit Papieren verschiedener industrieller Unternehmen kennzeichnet, deren Kurse seit Monaten steigen und vielfach eine geradezu phantastische Höhe erreichen. Der innere Wert der betreffenden Papiere spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Ohne Zweifel sind infolge der niedrigen Valuta, die den Export außerordentlich fördert, zahlreiche

Industrien mit Aufträgen überschwemmt und arbeiten mit voller Kraft, aber die Betriebsergebnisse und die verteilten Dividenden können dem Steigen der Kurse erwünschter Papiere nicht folgen. Man berücksichtigt bei alledem scheinbar auch die Tatsache nicht genügend, daß Maschinen und Einrichtungen in vielen Fällen dringender Erneuerung bedürftig, wofür große Summen erforderlich sein dürften. Dasselbe ist auf dem Wechselmarkt der Fall, wo häufig sehr namhafte Käufe in ausländischen Valuten zu konstatieren sind, die lediglich dem Bestreben dienen, Devisen zu „hamstern“. Es ist klar, daß eine nachhaltige Besserung der Mark nicht platzgreifen kann, solange nicht derartige spekulative Käufe endgültig verboten werden.

Der niedrige Stand der deutschen Währung hat die Dumpingfrage wieder aktuell gemacht, und verschiedene Länder haben bereits versucht, Fabrikate der Zentralmächte abzuwehren. In Ländern mit hochwertiger Valuta bedeuten solche Einfuhrverbote aber eine Hemmung der Rückkehr zum normalen Preisstand. Es zeigt sich denn auch, daß das Land, welches zuerst zu Vorkehrungsmaßnahmen gegen die Ueberflutung mit deutschen Erzeugnissen gegriffen hatte, nämlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wieder zu einer Verminderung der Einfuhrverbote zu schreiten sich genötigt sah.

Die Arbeitslosenfrage in England, Amerika und Frankreich ist noch immer Gegenstand großer Sorge für die betreffenden Regierungen. Die Zahl der Arbeitslosen in diesen Ländern ist beängstigend groß. Im übrigen befaßt sich die englische Regierung mit Plänen zur Herabminderung der Arbeitslosenzahl, und soll unter anderem zu diesem Zwecke das gesamte über der Erde befindliche Telephon- u. Telegraphennetz in ein unterirdisches umgewandelt werden.

Der Handelsvertrag mit Rußland, von dem man sich in England so viel versprochen und der bei den französischen Freunden so viel Zustimmung ausgelöst hatte, hat bis jetzt für den englischen Handel keine nennenswerten Resultate gezeitigt, und zwar nicht zum geringsten Teil deshalb, weil die englischen Banken wenig Neigung bekunden, die Pläne der englischen Regierung zu unterstützen, falls ihnen die Verbindlichkeiten der Sowjetregierung aus den abzuschließenden Verträgen nicht von der engl. Regierung garantiert werden. Auch der Handel mit dem Baltikum hat sich nicht entsprechend den Erwartungen entwickelt. Es scheint jedoch, daß man sich in Deutschland der großen Bedeutung einer Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland bewußt ist und daß Deutschland möglicherweise hieraus eher Vorteil ziehen wird als die Entente-Länder. Es versteht sich

von selbst, daß die deutschseits in dieser Richtung unternommen Schritte in den Entente-Ländern mit feindlichen Augen angesehen werden.

Der Zusammenbruch der Zentralmächte hat auch auf Holland nachteilig eingewirkt. Die verminderte Exportmöglichkeit nach den mitteleuropäischen Ländern, verursacht durch den Unterschied der Höhe in Deutschland u. Holland, welche der holländischen Industrie eine Konturrenz unmöglich machen, beeinträchtigt den holländischen Handel und die holl. Industrie naturgemäß stark. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die holl. Handelsbilanz zurzeit ein nicht unbedeutendes Passivum aufweist.

Die Entscheidung des Völkerbundsrats betreffend Oberschlesien hat — im Zusammenhang mit der Bestätigung weiterer Bewilligungen mit Frankreich — viel dazu beigetragen, in Deutschland eine neue wilde Jagd nach ausländischen Zahlungsmitteln hervorzuufen, welche die Mark einer noch nie dagewesenen Entwertung ausgesetzt hat. Inwiefern dadurch die Möglichkeit zur Einhaltung der deutschen Verpflichtungen beeinträchtigt wird, läßt sich noch nicht genau beurteilen. Jedenfalls darf man die Bedeutung dieses Vorgangs auch für die mit Deutschland benachbarten Staaten nicht unterschätzen, denn die Rückwirkung der immer wieder auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Bewilligungen auf jene, so namentlich auch auf Holland, dürfte unvermeidlich sein.

Vom 2. Deutschen evangelischen Kirchentag.

Am 12. 10. wurde in Stuttgart der 2. deutsche evangelische Kirchentag vom Vorsitzenden des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses Dr. Möller-Berlin mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Zum Vorsitzenden des Kirchentages wurde Dr. Fecher v. Lechmann-München gewählt. Nach Begrüßungsansprachen des Präsidenten des Freistaats Württemberg und des Stuttgarter Oberbürgermeisters wurde in die Beratung des seit der ersten Tagung, im September 1919, von dem genannten Ausschuss ausgearbeiteten Entwurfs einer Verfassung des Bundes der evangelischen Landeskirchen Deutschlands eingetreten. Am 15. 10. (Schlußtag) wurde die Beratung erledigt und der erwähnte Entwurf mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Geschlossen wird der Bund aber erst sein, wenn auf Grund obiger Verfassung die einzelnen Landeskirchen durch Kirchengesetze ihren Beitritt erklärt haben werden. Inmehrin ist die Einigung der auf dem Kirchentag vertreten gewesenen Kirchenregierungen, die hier durch Synodalausschüsse überdies

F e u i l l e t o n .

Ludwig III. von Bayern †.

König Ludwig von Bayern ist am 18. Oktober in Savar (Ungarn) gestorben, kurze Zeit, nachdem Herzog Wilhelm zu Württemberg auf dem Friedhof eines württembergischen Städtchens ein schlichtes Grab gefunden hat.

Ludwig III. hand dem Herzen des Volkes weit ferner als der letzte württembergische König. Zur Erlangung einer Volkstimlichkeit fehlte ihm schon die Zeit. Am 7. Januar 1845 geboren, folgte er erst 1912 als 67jähriger seinem Vater, dem Regenten Luitpold. Er hat nur sechs Jahre regiert. Sein Betätigungsbereich schien sich vor der Thronbesteigung in der Propagierung der Kanalidee, was für ihn spricht, der Bewirtschaftung seiner landwirtschaftlichen Muttergüter und in Neben zu erschöpfen, die nicht immer künstlerisch und inhaltlich bedeutungsvoll waren und in königstreuen Kreisen mit einigem Unbehagen entgegengenommen wurden. Zweimal wurden die Neben weithin bemerkt, einmal, als der Thronfolger 1896 in Moskau während der Krönungsfeierlichkeiten betonte, daß die Friedensfürsten nicht Fallallen, sondern Verbündete des Kaisers seien, das andere Mal, als er sich 1910 in Altdorf zum „Katholizismus als der einzig wahren Religion“ bekannte.

Der Feind wurde als Regent von der Öffentlichkeit mit Zurückhaltung empfangen; besonders bedauerte man in weiten Münchner Kreisen das Ende der kaisertreuen Regierung Luitpolds. Der neue Regent hatte sehr lange in seinem Leben auf sein Amt gewartet; vielleicht ist es daraus zu verstehen, daß er nun nicht mehr länger auf die Krone warten wollte und sich zur Wiedernahme der

königlichen Würde aus den Händen seines geistesgestörten Betters Otto und damit zu einer Tat entschloß, die der Führer der Zentrumsfraktion kurz zuvor als „Staatsstreich, Verfassungsbruch, Aufhebung der Erbmonarchie und Revolution von oben“ bezeichnete. Nachdem sich der Landtag schließlich doch zur Zustimmung entschlossen hatte, wurde am 5. November 1913 der Uebergang der Königswürde an den Regenten im ganzen Lande verkündet.

Nach der Novemberrevolution, die in seinem Lande ihren Anfang nahm, konnte sich der selbst auf so ansehnliche Art auf den Thron gelangene Monarch nicht zum Thronverzicht entschließen; nachdem er längere Zeit im Auslande geblieben, kehrte er 1920 auf ein Schloß am Oberrhein zurück, auf dem er sich fast bis zu seinem Tode aufgehalten hat.

Kronprinz Rapprecht, des verstorbenen Königs ältester Sohn, hat mit Telegramm vom 24. Dezember 1918 und in späteren Schreiben die Souveränität der bayerischen Volksvertretung anerkannt und damit selbst auf alle Legitimitätsansprüche verzichtet. („Frankf. Ztg.“)

Die Verteilung der Deutschen in Mitteleuropa.

Die Friedensschlüsse, die den Weltkrieg beendigten, sollten den Grundfah des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklichen. Sie haben dies auch, soweit nicht das deutsche Volk in Betracht kam, versucht. Gelungen ist es bei dem starken Durcheinandervohnen der Völker im mittleren und östlichen Europa nirgends. Aber den Besiegten, vor allem dem deutschen Volke gegenüber, hat man das Selbstbestimmungsrecht geradezu verhöhnt. Man hat 9 Mil-

lionen Deutsche, von denen 6 Millionen auf 35 000 Quadratkilometer in geschlossener Siedlung beieinander wohnen, zu Untertanen fremder, zum großen Teil feindlicher Völker gemacht, lediglich um eine auf die Dauer unmögliche Politik der Wiederherhaltung und Unterdrückung des deutschen Volkes künstlich zu fügen. Wie durch die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain das deutsche Volk in Mitteleuropa zerissen und zerstückelt worden ist, zeigt sehr anschaulich eine im Verlag von Hermann Goldschmidt in Wien erschienene „Sprachenkarte von Mitteleuropa“ von Dr. Wilh. Winkler (Wien). Die Karte zeigt die neuen Landesgrenzen, soweit sie bisher feststehen (Oberschlesien, Bina, Westungarn waren beim Erscheinen der Karte noch in der Schwärze). Der Karte ist ein statistischer Text beigegeben, der die Verteilung des deutschen Volkes in den 11 Staaten, in die es in Mitteleuropa auseinandergerissen ist, wiedergibt. Diese Zusammenstellung zeigt, daß von den 80 Millionen Deutschen in Europa fast 77 Millionen in Mitteleuropa wohnen, davon 58,5 Millionen im Deutschen Reiche, 6 Millionen in Deutsch-Oesterreich, 3 1/2 Millionen in der Tschechoslowakei. An Frankreich sind 1,6 Millionen Deutsche, an Südslavien über 1 Million, an Polen etwa 1 1/2, Million, an Rumänien 1/2, Million, an Ungarn 1/2, Million, an Italien 1/2, Million Deutsche gefallen (kleinere Ziffern sind außer Betracht geblieben). Der Sprache nach Deutsche sind auch 2,8 Millionen Ostschweizer und 275 000 Luxemburger. Wie groß die Zahl der in Rußland und den baltischen Staaten noch übrig gebliebenen Deutschen, die früher etwa 2 Millionen betrug, heute noch ist, geht aus diesen Ziffern, die nur Mitteleuropa erfassen, nicht hervor. („Frankf. Ztg.“)

noch verläßt waren, bezüglich der Bundesverfassung durch die einstimmige Billigung des Entwurfs verbürgt, und der offizielle Beitritt ersieht somit nur noch als die Erfüllung einer notwendigen Form.

Ein „kirchengeschichtliches Ereignis ersten Ranges“ nennt Oberpräsident a. D. von Hegel in der „Dtsch. Allg. Ztg.“ den Beschluß des Kirchentages, denn er bedeute: „die Verwirklichung dessen, was Generationen treuer Mitglieder der evangelischen Kirche, ja — das ganze evangelische Kirchenvolk für Deutschland längst erhofft und erhofft hat.“ Nicht zwar um die Gründung einer evangelischen Reichskirche, die mit den einzelnen Landeskirchen aufräumen würde, handele es sich hier, wohl aber um ihren Zusammenfluß zu einem Bunde, der hinreichend befähigt wäre, die Einheit des Protestantismus Deutschlands darzustellen und die gemeinsamen Interessen desselben zu vertreten und zu verteidigen. Der Kirchentag wird fortan aus 210 Mitgliedern bestehen, von denen die obersten Synoden der einzelnen Landeskirchen zusammen 150 stellen, 35 beruft der Kirchenausschuß nach Vorschlägen der theologischen Fakultäten, der Religionslehrer und der sich auf die Gesamtheit der deutschen Landeskirchen erstreckenden Vereinsorganisationen, weitere 25 beruft er nach seinem Ermessen.

Die Versuche, die evangelischen Landeskirchen Deutschlands unter einen Hut zu bringen, gehen bis zum Jahre 1848 zurück. Der erste Versuch aber, von einer Notabeln-Versammlung in Wittenberg unternommen, scheiterte an der Abneigung der rein-lutherischen Landeskirchen von Sachsen, Bayern u. Mecklenburg. Nechtlings wiederholte sich 1871, nur daß damals auch die Luthertreuer innerhalb der evangelischen Landeskirche Altpreußens dem Unternehmen abgeneigt waren. Inzwischen war als Frucht des Wittenberger Kirchentages doch die Gründung einer periodisch wiederkehrenden Konferenz von Deputierten der Kirchenregierungen, der sogenannten Eijenzader Kirchentag, zu verzeichnen, aus welcher im Jahre 1903 als ständige Einrichtung ein Ausschuß von 15 Mitgliedern, der sogenannte „Deutsche Evangelische Kirchenausschuß“, hervorging, dessen Anregung dann die Einberufung des 1. deutschen evangelischen Kirchentages im Jahre 1919 zu verdanken war.

Der Zusammenschluß der evang. Landeskirchen Deutschlands zu einem förmlichen Bunde löst in von Hegel nachstehende Betrachtung aus:

„In der evangelischen Kirche, wo alles auf die persönliche Stellung des einzelnen zu seinem Gott ankommt, ohne daß es hierfür des Mitgliebes der Kirche bedarf, bietet schon die unterste Stufe der kirchlichen Gemeinschaft, die Gemeinde, alles dar, was er zu seiner religiösen Be-

lehrung, Erbauung und Befestigung bedarf. Der weitere Aufbau der verfassten Kirche hat nur den Zweck, der Gemeinde die Erfüllung ihrer Aufgabe gegenüber ihren Mitgliedern zu erleichtern und zu verbürgen. Zu Eingriffen in das Innerste der Gemeinde, Wesen und Ritus ist er so wenig berechtigt, daß ihr dagegen nicht nur überall verfassungsmäßig ein Widerspruch zugehandelt ist, sondern erfahrungsmäßig dadurch auch fast immer Kirchenspaltungen herbeigeführt worden sind. Die Schonung der Gewissen ist oberster Grundfaß jeder Kirchenverwaltung u. -gesetzgebung, u. schon dies beugt die Aufrechterhaltung der historisch gewordenen Landeskirchen nach ihrer Eigenart; ihre Auflösung würde das Gegenteil der Einheit, die größte Abspaltung und Zerreißen in noch mehr Kirchen und Sekten, zur Folge haben. Die oft nicht ganz unberechtigte Sorge, daß die Einheitsbestrebungen auf solche falsche Fährte geraten könnten, hat diese trotz der politischen Einigung Deutschlands bisher hintangehalten. Daß dadurch das Ansehen und die Wirksamkeit der evangelischen Kirche in Deutschland gelitten haben, unterliegt keinem Zweifel; ein Vergleich mit der katholischen Kirche macht dies offenkundig. Deshalb war der jetzt eingeschlagene Weg der einzige, der zum Ziel führen konnte. Nicht nur ohne jeden Zwang, der sich für die Gründung schon bei der Ermangelung von Zwangsmitteln von selbst verbot, sondern auch unter möglicher Ausfaltung des Zwanges für die zukünftige Handhabung des Einigungswerkes mußte es zulaufe kommen. Aus diesem Grunde hat sich auch schon der erste Kirchentag von 1919 bei Aufstellung der Richtlinien für die Verfassung des Kirchenbundes äußerste Zurückhaltung in der Ungrenzung der Bundeskompetenzen aufgelegt, und noch engere Grenzen hat der Entwurf der Bundesverfassung gezogen. Der Bund soll teils unmittelbar tätig werden mit bindender Wirkung für die verbündeten Kirchen, teils mittelbar im Wege der Anregung und Förderung. Die unmittelbare Tätigkeit des Bundes soll sich erstrecken, abgesehen von Aufgaben, welche ihm von einzelnen Kirchen besonders übertragen werden, auf die Wahrung der gemeinsamen evangelischen Interessen im Verhältnis zum Ausland, zum Reich (seiner Gesetzgebung und Verwaltung), auf Antrag der beteiligten Kirchen im Verhältnis zu den einzelnen Ländern (ihrer Gesetzgebung und Verwaltung), im Verhältnis zu anderen Religionsgesellschaften im In- und Ausland und bei der Verjorgung der evangelischen Deutschen im Ausland. In allen anderen Beziehungen ist er in seiner Wirksamkeit auf Anregung und Förderung beschränkt, wobei freilich das moralische Gewicht seiner Stellung nicht unterschätzt werden darf. Alles aber, was er unternimmt, geschieht nach § 1 der Verfassung unter Vorbehalt der

vollen Selbständigkeit der verbündeten Kirchen in Bekannnis, Verfassung und Verwaltung.“

Zum Schluß seiner Betrachtung meint v. Hegel, es sei zu beklagen, daß erst der Zusammenbruch der politischen Größe des Vaterlands das kirchliche Einigungswerk zeitigen konnte. Gleichwohl müsse man sein Zustandekommen begrüßen als einen Beweis, daß der Zug zur Einheit im deutschen Volke trotz aller zutage getretenen Gegenwirkungen stark genug geblieben sei, um zuwege zu bringen, was in der Zeit seiner Größe nicht gelingen wollte. Endlich sei im Lande der Reformation das Gefühl der Zusammengehörigkeit seiner evangelischen Glaubensgenossen erwacht, und das erbjne für die Zukunft auch die Hoffnung auf einen Ausgleich der inneren kirchlichen Gegensätze.

(Schluß folgt.)

Die Schulreformen in Italien.

(Minister Credaro u. Frau Dr. Montefori.)
Von R. v. Dahn, Tiflis.)

II.

Biel bekannter als der Name und die Reformen des Ministers Credaro ist Frau Montefori. Schon mehr als 12 Jahre breitet sich ihr Ruhm in der alten und neuen Welt aus. In dem von ihr geleiteten pädagogischen Institut in Rom wurden und werden Lehrerinnen aus aller Herren Länder ausgebildet; ihre Bücher, namentlich: „Il metodo della pedagogia scientifica, applicato all'educazione infantile nelle Case dei Bambini“ sind in alle KulturSprachen überfetzt. Nach dem Muster der zahlreichen von ihr in Italien gegründeten Schulen für Kinder von 4—7 Jahren (sogenannten „Kinderhäusern“, wo sich die Kinder — besonders der Arbeiterfamilien — den ganzen Tag aufhalten,) hat man überall in Europa und in Amerika ähnliche Anstalten errichtet. Die geniale Schöpferin dieser neuen Erziehungsanstalten nennt sie „Stätten der experimentalen Erforschung des Menschen, welche vielleicht dazu fähig, noch andere Geheimnisse der Natur aufzudecken“. Die Experimente haben seither zu vielen Verbesserungen und Bereinfachungen des Systems geführt, welches an und für sich schon niemals von der Arbeit irgendeiner Frau übertroffen wurde. Diese Tätigkeit ist bemerkenswert als die Frucht der Liebe zu den Kindern, weiter sozialer Gesichtspunkte, geleiteter Vorbereitung, aufmerksamen, andauernden Studiums der päd-

*) Methode der wissenschaftlichen Pädagogik, wie sie bei der Erziehung der Kinder in den „Kinderhäusern“ angewendet wird.“ — D. Referent.

Aus der guten, alten Zeit von Tiflis.

Ethnographische Studie von R. v. Dahn.

(Dem Deutschen Gesandten im Kaukasus U. R a u f c h e r gewidmet. *)

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
Daß ich so traurig bin,
Der Schaßschlid aus alten Zeiten
Kommt nimmer mir aus dem Sinn.

Der Schaßschlid, gebraten am Spieß
Bom tuschinischen Schaß mit Burduk,
Das wuchs auf der Alpenwiese
In blendender Wolle Schmut.

Man saß gelagert im Grase
Und verzehret' in behaglicher Ruh
Der Kräuter unendliche Masse —
Wie eine gefräßige Kuh.

Der Knoblauch mindet' nicht übel
Und Kress' und Radies dazu,
Auch Pfeffermünze und Zwiebel —
Wie Herz; was willst denn noch du?

Lawasch aus dem weißesten Mehle,
Tschurel in unendlicher Zahl,
In der Dorn gebaden ohn' Zehle:
Sie waren bereit für das Wahl!

Bodridjan an Fleischklumpen gereicht
In lieblicher Harmonie.

*) Diese scherzhaften Verse waren gedichtet zu einem Abend, den die Deutschen in Tiflis zu Ehren des Gesandten veranstalten wollten, der aber wegen plötzlicher Abreise desselben nicht zustande kam. — D. Verfasser.

Mit Fettsüß' wechselnd, das gedeiht
Zur herrlichsten Symponie.

Mit Raviere, dem besten,
Für 40 Kopeken das Pfund,
Da konnte der Jecher sich mäßen,
Sich füllen Magen und Schlund.

Kokolo, Schamai und Zoghali
Die spendet reichlich der Kur,
Gesotten, gebraten, sie alle,
Wie man sie wünschte nur.

Und Käse von Kobi, dem weiten,
Und Butter von Ruchjenbas,
Wie sie rufen in unferen Zeiten
Nur noch traure'g Erinnerungen wach.

Nicht krauchte man Messer noch Gabel
In der freien Gottesnatur,
Mit Fingern bracht' man alles zum Schnabel,
Wie es demokratisch ja nur.

Da lag der Weinschlauth daneben
Und streckte die Bein' in die Höb',
Seinen Inhalt mußt' er abgeben,
Das tat in der Seele ihm weh.

Aus Raketten war er gekommen
Gefüllt mit köstlichem Nas,
Einer alten Rarati entnommen
Und nicht dem mdrernen Faß.

Man sah' ihn schnell tief einwärts,
Ganz leer fühl' er sich bald an,
Das haben mit ihrem Trinken
Die wackeren Jecher getan.

Der Aderbasch*) ging umher im Reide.
Jeder Mann sagt' sein Sprüchlein dazu,
Nicht immer wie Salomo weise,
Denn sie mußten ja reden partout.

Der Tolumbasch war nicht blöde,
Er redet' aus dem Steigreis gar froh
Und produziert' ohn' Schamrote
Oft das gediegenste Bloch.

Die Salsandari erkanzen
Wie wilde Kriegerknecht;
Der Duduktsch bies auf die Wangen
Und spielte mit vielem Geschick.

„Mramal Schamer“ ward gesungen,
Schon mancher laut' nur dabet';
Doch bald war auch sie verklungen
Die gewaltige Melodi.

Heum um den Schlauch sie lagen
Die Jecher und konnten nicht mehr:
Nicht singen, nicht trinken, nichts sagen,
Sie hatten geladen zu schwer.

Und über dem Schlauchfeld, da lächelt
Der Mond mit silbernem Schein,
Der Nachtwind die Nüßling jähelt —
Sanft schließen sie alle ein.

*) Aderbasch: eine silberne (auch goldene) Schale mit Stiel — ähnlich einem Suppenlöfel — geht wie das Trinkhorn beim Jechen in die Runde, wobei jeder Trunkende einen Spruch sagen muß.

gogischen Probleme und vor allem der reichsten und fast beispiellosen Erfahrung einer Lehrerin und Reinerin der Pädagogik. Zudem hat niemals eine Lehrerin und Erzieherin so mannigfaltige und reiche persönliche Hilfsmittel eingeführt, was sich nur durch die wahrste Begeisterung für die Sache erklären läßt; Pejalozzi und Fröbel stehen da weit und weit zurück. Dabei ist aber Frau Montessori so klug und bescheiden, daß sie Verbesserungen ihres Systems für nützlich hält und eine Menge von Modifikationen zuläßt, wenn nur das Prinzip gewahrt bleibt.

Einige besonders charakteristische Beispiele mögen die große Kunst zeigen, welche zwischen den alten (auch jetzigen) Schulen und den neuen Anfangsschulen der Frau Montessori besteht. Manches werden wir sehr eigentümlich, unmöglich, unglaublich finden, so dem und jenem von uns wird das Wort „verrückt“ auf den Lippen schweben, aber das reiche Versehen muß man adten, abgesehen davon, daß solche den alten diametral entgegengesetzte Methoden zum Denken und Beobachten anregen, also den Geist auffrischen. Ich greife ein Kapitel heraus mit der Ueberschrift: „Wie soll ich die Stunde geben?“ Als Motto steht darüber: „Zähle deine Worte!“ (Dante). Wir lesen da folgendes:

„In der Ueberzeugung, daß nur bei der Erziehung zur Freiheit, und Selbstständigkeit die Kinder in der Schule ihre natürlichen Anlagen zeigen können und daß wir für diesen Zweck die ganze Umgebung und das Material (d. h. die Gegenstände, mit denen das Kind arbeiten soll) vorbereitet haben, kann die Lehrerin ihre Tätigkeit nicht auf die Beobachtung beschränken, sondern muß experimentieren.“

So stellt also nach dieser Methode die Stunde ein Experiment dar. Je mehr sich die Lehrerin die Methode der experimentalen Psychologie angeeignet hat, desto leichter kann sie verstehen, wie die Stunde zu geben ist. Sie muß daher den Stunden in den „Kinderhäusern“ vorher anwohnen, um mit den Grundlagern der Methode und deren praktischer Anwendung sich vertraut zu machen. Das Schwierigste dabei ist die Schaffung der Disziplin.

Im Anfang können sich die Kinder mit dem Gedanken der Ordnung der Masse nicht befassen, diese Idee kommt erst als Folge disziplinärer Übungen, durch welche das Kind das Gute vom Bösen unterscheiden lernt. Daraus folgt, daß die Lehrerin im Anfang keine allgemeine Stunde, keine Stunde für alle geben kann. Solche Stunden gelangen sehr selten, denn die Kinder, welche die Freiheit genießen, werden nicht gezwungen, ruhig auf ihren Plätzen zu sitzen, die Lehrerin anzuhören oder aufzumerken auf das, was sie macht. Deshalb haben wir solche kollektive Stunden fast ganz beseitigt.“

Charakter der individuellen Stunden: Kürze, Einfachheit, Individualität.

Unsere Stunde trägt also individuellen Charakter und eine ihrer Haupteigenschaften ist — Kürze. Dante gibt den Lehrern den vorzüglichsten Rat: „Zähle deine Worte!“ Je mehr wir alle überflüssigen Worte vermeiden, desto nützlicher ist unsere Stunde. Bei der Vorbereitung der Stunde muß die Lehrerin auf diesen Punkt ihr Hauptaugenmerk richten, muß gewissenhaft jedes Wort wägen und überlegen.

Die zweite charakteristische Eigenschaft der Stunde in dem „Kinderhause“ ist Einfachheit. Sie darf nicht enthalten als absolute Wahrheit. Der Kürze entspricht die Einfachheit. Die sorgfältig gewählten wenigen Worte müssen so einfach wie möglich sein und nur Hohes enthalten.

Die dritte Eigenschaft ist — Objektivität. Die Stunde muß so gegeben werden, daß die Person der Lehrerin völlig in den Hintergrund tritt. Die ganze Aufmerksamkeit des Kindes soll auf das Objekt gerichtet sein, welches

1) Bemerkenswert ist, daß diese Freiheit sich nur auf die Stunde bezieht, sonst müssen sich die Kinder in den „Kinderhäusern“ einer bestimmten Ordnung unterwerfen, müssen der Reihe nach in der Küche helfen, den Tisch decken, die Speise aufgeben etc. — D. Ref.

2) Jedes Kind hat sein kleines Tischchen und Bänkechen, welche es an einem beliebigen Platz aufstellen kann. — D. Ref.

3) Das ist für uns alte Pädagogen etwas rein Unbegreifliches, namentlich wenn man das sichtlich-muntere Temperament der italienischen Kinder in Betracht zieht. Das Alter dieser Kinder schwankt zwischen 4—7 Jahren. — D. Ref.

des den Lehrgegenstand bildet. Dieser muß erklärt und der Gebrauch, welchen das Kind davon machen kann, erläutert werden.

Bei solchen Stunden muß das Grundmittel des Unterrichts die Beobachtungsmethode sein, welche die völlige Freiheit des Kindes in sich einschließt und enthält. Deshalb muß die Lehrerin beobachten, ob sich das Kind für den Gegenstand interessiert, wie weit und wie lang sein Interesse sich zeigt, wobei man auch den Gesichtsausdruck des Kindes beobachten muß. Das Prinzip der Freiheit darf die Lehrerin in keinerlei Weise verletzen. Denn, wenn sie das Kind zu einer unnatürlichen Anstrengung zwingt, so wird sie nicht wissen, worin die Selbstständigkeit des Kindes sich äußert. Und wenn eine solche Stunde mit solcher Kürze, Einfachheit und Wahrheit vom Kinde nicht verstanden und die Erklärung des Gegenstandes von ihm nicht aufgefaßt wird, so darf die Lehrerin zweierlei nicht vergessen: erstens, man darf nicht auf Wiederholung bestehen, und zweitens, man darf das Kind nicht fähigen lassen, daß es einen Fehler gemacht hat, oder daß es nicht versteht; sonst zwingt man das Kind eine Anstrengung zum Verstehen zu machen und stört somit seinen natürlichen Zustand, welcher der Beobachtung unterliegt. — Wollen wir ein Beispiel anführen.

Angenommen: die Lehrerin wünscht dem Kinde den Unterschied zweier Farben, rot und Blau, beizubringen. Sie will die Aufmerksamkeit des Kindes auf den Gegenstand lenken und ruft: „Sieh mal her!“ Um ihm die Kenntnis der Farben beizubringen, zeigt sie ihm einen roten Gegenstand und spricht: „Das ist rot.“ Dabei erhebt sie etwas die Stimme und spricht das Wort rot besonders deutlich aus. Dann zeigt sie ihm eine andere Farbe und sagt: „Das ist blau.“ Zudem sie kontrolliert, ob sie das Kind gut verstanden hat, fordert sie es auf: „Sieh mir rot! gib mir blau!“ Denken wir uns nun, daß das Kind einen Fehler macht. Die Lehrerin wiederholt dann nicht und fordert weiter nichts. Sie streichelt das Kind und nimmt die Gegenstände fort.“ (Schluß folgt.)

Merke! Georgisches.

I.

Die Wahlen in den Tifliser Rat der Arbeiter und Rotarmisten haben begonnen. Die Wahlagitation zugunsten der herrschenden Partei, d. h. der Kommunistischen Partei Georgiens, ist in volstem Gange und verspricht, nach den ersten Wahlergebnissen zu urteilen, den besten Erfolg.

II.

Eine Erhöhung des Tarifs für Postpaket-Sendungen ist laut Verordnung des R. v. Rom.'s der Sow. Rep. Georgien Nr. 96, vom 15. 11., eingetretten, und zwar ist zu zahlen für Pakete: bis 2 Pfund — 3000 Abl., über 2 und bis 7 Pfund — 6000 Abl., von 7 bis 12 Pfund — 10000 Abl., über 12 Pfund — für jedes weitere Pfund oder einen Teil desselben 1000 Abl. Sonst ist an dem Tarif für Postpaket-Sendungen nichts verändert worden.

III.

In Tiflis zählt man 111 Einheits-Arbeits-schulen (für 8—15jährige), denen zeitweilig dort, wo die Möglichkeit hierzu vorliegt, je ein Kindergarten (für 6—8-jährige) angegliedert worden ist. Die Einheits-Arbeits-schulen sind bekanntlich aus den früheren niederen und höheren Elementarschulen und den 4 unteren Klassen der Gymnasien und Realschulen gebildet worden. Der Nationalität der Schüler und Schülerinnen nach (der Unterricht ist für beide Geschlechter gemeinsam) untercheidet man folgende Kategorien von Einheits-Arbeits-schulen: georgische 42, russische 30, armenische 25, mohammedanische 5, jüdische 4 und je 1 griechische, asyrische, deutsche und ossetische. Für die noch zu errichtende polnische Einheits-

1) Diese Beobachtung des Gesichtsausdrucks der Kinder wird leider von vielen Lehrern vernachlässigt; ein tüchtiger Lehrer wird seine Schüler immer fest im Auge haben. Das ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Disziplin, sondern auch ein mächtiges Hilfsmittel für die individuelle Anpassung des Unterrichts an die einzelnen Kinder. — D. Ref.

2) Für uns alte Pädagogen unglaublich. — D. Ref.

Arbeits-schule mangelt es vorläufig an entsprechenden Lehrkräften. Nach den — leider unvollständigen — Angaben der örtlichen Presse („Pravda Grusii“ u. a.) beträgt die Zahl der Lernenden in 36 der georgischen Schulen 6958, die der Lehrenden 394, in 25 der russischen Schulen 6272 bzw. 302, in 23 der armenischen Schulen 5769 bzw. 268, in 2 der mohammedanischen Schulen 373 bzw. 38, in 2 der jüdischen Schulen 351 bzw. 32, in der griechischen Schule 42 bzw. 3, in der deutschen 303 bzw. 12 und in der ossetischen 87 bzw. 1 (die Zahl der Lehrenden ist nicht angegeben). Sämtliche Einheits-Arbeits-schulen befinden sich in der Verwaltung der neugegründeten Abteilung für Volksbildung beim Städtischen Revolutions-Komitee („Sovrevkom“).

Wohnungsmiete etc. in Tiflis.

I.

Die Zahlung eines Mietzins für Wohnräume, Geschäftslokale etc. und die vollständige oder teilweise Munizipalisierung (Besitzergreifung seitens der Gemeinde) von Immobilien etc. in Tiflis sind vom Städtischen Rev.-Komitee laut einem „Prisaz“ (Erlass) beschlossen, der in Nr. 219 der „Pravda Grusii“ vom 23. 11. veröffentlicht ist, mit rückwirkender Kraft vom 1. November d. J. angeordnet worden. Munizipalisiert sollen werden: a) Häuser, welche professionellen Verbänden (Gewerkschaften) und Sowjetinstitutionen zur Verfügung gestellt sind; b) Häuser, welche als Gasthöfe, Einfahrten, Märkte, Wadstuben, Theater und Kineamatographen ihrer Konstruktion nach in Betracht kommen, und c) Räumlichkeiten, welche Handels-, Gewerbe- oder Lagerzwecken dienen. Das Verzeichnis der zu munizipalisierenden Häuser soll besonders publiziert werden. Alle nicht zu munizipalisierenden Häuser werden ihren Besitzern zur freien Verfügung überlassen. Wer von den letzteren innerhalb 7 Tage, gerechnet vom Tage der Veröffentlichung des Verzeichnisses der munizipalisierten Häuser, nicht seinen Besitz antritt, geht seines Eigentumsrechts verlustig, und wird sein Haus als herrenlos erachtet und unterliegt gleichfalls der Munizipalisierung. Es kann dann der Besamtheit der in ihm wohnenden Mieter oder einzelnen Personen in Arrende gegeben werden. Auf Tiflis abwesenden Personen wird die 7tägige Frist bis auf 1 Monat verlängert. Alle munizipalisierten Häuser gehen in die Verwaltung der Kommunal-Abteilung des Städt. Rev.-Kom.'s über. In den munizipalisierten Häusern soll Raum nur Arbeitern und Sowjet-Angestellten gewährt werden. Die Ausbiedlung aus Wohnungen in munizipalisierten Häusern wird aufgehoben. Wegen Nichtentrichtung des Mietzins kann die Ausbiedlung auf Anordnung der Abteilung für die Verwaltung der Häuser trotzdem stattfinden. Die Eigentümer der nicht-munizipalisierten Häuser dürfen die Wohnräume in letzteren von sich aus verpachten oder vermieten, wobei sie aber über die vom Städt. Rev.-Kom. angelegte Norm des Mietzins nicht hinausgehen dürfen. Wegen Nichtzahlung der Miete kann Ausbiedlung lediglich auf Grund eines diesbezüglichen Bescheides des Volksgerichts erfolgen. Dem Hausbesitzer bzw. seinem Verwalter liegt folgendes ob: Die Intaktpaltung des Hauses, die laufende Remonte desselben, das Halten eines Hausknechts (Dwornik), die Beleuchtung des Hauses, das Reinigen der Fußsteige vor letzterem und der anliegenden Teile der Straße, überhaupt die Beobachtung sämtlicher sanitären und administrativen Vorkehrungen und Anordnungen. Die Bereinigung der Senkgruben, die Abfuhr des Mülls etc. besorgt die Kommunal-Abteilung des Städt. Rev.-Kom.'s für Rechnung des Hausbesizers. (Schluß folgt.)

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 31 haben sich einige Druckfehler eingeschlichen, um deren Berichtigung wir gebeten werden: 1. Im Artikel über die Genossenschaftspolitik der Sowjetregierung muß es auf Seite 2, in der 3. Spalte, 14. Zeile vom Anfang des Artikels, statt Genossenschaften stehen: „Gewerkschaften“ und in der 22. Zeile statt Arbeitskonsumvereine: „Arbeiterkonsumvereine“. 2. In Artikel über den „Finanz-Zustand Georgiens“ muß es auf Seite 3, in Spalte 3, Zeile 21 von unten je 15 statt 115 industrielle Unternehmen: „nur ca. 15...“

Gerausgeber: Der S. B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. ur. Alexander Rufajeff, im Auftrag des Redaktions-Komitees.